

Bundesversammlung
Assemblée fédérale
Assemblea federale
Assamblea federala



25.011 ns Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 31. Dezember 2024

Die Delegation vertritt das Schweizer Parlament in der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die im Rahmen der OSZE PV oder der mit ihr verbundenen Institutionen durchgeführt werden.

In Übereinstimmung mit Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung vom 28. September 2012 über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB; [SR 171.117](#)) unterbreitet die Delegation den Räten ihren Jahresbericht für das Jahr 2024.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Der Präsident:

Daniel Fässler

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung: Entstehung und Aufgaben der Institutionen der OSZE
- 2 Arbeitsweise der parlamentarischen Versammlung und der Delegation
- 3 Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Institutionen der OSZE
- 4 Weitere Themenbeiträge der Delegation auf internationaler Ebene
- 5 Teilnahme der Delegation an Wahlbeobachtungsmissionen
- 6 Kandidatur der Schweiz für den OSZE-Vorsitz im Jahr 2026
- 7 Schlussfolgerungen und Ausblick



1 Einleitung: Entstehung und Aufgaben der Institutionen der OSZE

Die Ursprünge der OSZE gehen auf die [Schlussakte von Helsinki](#) vom 1. August 1975 zurück, mit der die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) begründet wurde. Im Kalten Krieg diente diese als wichtiges multilaterales Dialog- und Verhandlungsforum zwischen den Blöcken Ost und West. Die Schlussakte von Helsinki, die von 35 Staaten – darunter die Schweiz – unterzeichnet wurde, umfasst eine Reihe von zentralen Verpflichtungen zu politisch-militärischen, wirtschaftlich-ökologischen sowie menschenrechtlichen Themen. Diese bilden bis heute die drei Dimensionen der OSZE. Sie legt zudem die Grundprinzipien fest, die den Umgang der Staaten miteinander sowie mit ihren Staatsangehörigen regeln. Mit der Schlussakte von Helsinki einigten sich die Blöcke auf eine Werte- und Verantwortungsgemeinschaft. Das Sicherheitssystem, das aus der Schlussakte von Helsinki hervorging, beruhte auf dem Grundsatz, dass es nur eine einzige unteilbare Sicherheit gibt und die Sicherheit eines Staates in der KSZE-Region deshalb im Zusammenhang mit der Sicherheit der anderen Staaten gesehen werden muss. Die Verantwortung der einzelnen Staaten stellte somit ein entscheidendes Element der gemeinsamen Verantwortung dar. Zudem bezog sich der Dialog zwischen den KSZE-Staaten auf alle Dimensionen der Sicherheit – die politisch-militärische, die wirtschaftlich-ökologische und die menschliche – und keine dieser Dimensionen durfte zugunsten der anderen geopfert werden. Diese Grundsätze gelten noch immer.

Von 1975 bis Ende der 1980er-Jahre baute die KSZE die Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten aus und überprüfte regelmäßig deren Umsetzung. Nach dem Ende des Kalten Krieges erhielt die KSZE mit der Unterzeichnung der [«Charta von Paris für ein neues Europa»](#) am 21. November 1990 den Auftrag, aktiv zur Gestaltung des historischen Wandels in Europa beizutragen und sich den neuen Herausforderungen nach dem Kalten Krieg zu stellen. Die KSZE wurde mit einem ständigen Generalsekretariat und mehreren zentralen Institutionen, darunter ihre parlamentarische Versammlung und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), ausgestattet. Im Jahr 1992 wurde das Hochkommissariat für nationale Minderheiten ins Leben gerufen. 1994 wurde aus der KSZE, die inzwischen weit über ihre ursprüngliche Rolle hinausgewachsen war, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Im Jahr 1997 wurde das Amt des oder der Beauftragten für Medienfreiheit geschaffen und damit die institutionellen Instrumente der OSZE vervollständigt.

Die OSZE, die ihren Sitz in Wien hat, zählt derzeit 57 Teilnehmerstaaten aus Nordamerika, Europa und Asien. Sie ist damit die grösste regionale Sicherheitsorganisation der Welt. Ihr Ziel ist es, die Staaten bei der Konfliktprävention, dem Krisenmanagement und der Konfliktachsorge zu unterstützen und ihnen so zu ermöglichen, ihre Differenzen zu überwinden und das gegenseitige Vertrauen zu stärken. Die OSZE befasst sich daher mit verschiedensten für die gemeinsame Sicherheit der Region relevanten Themen wie Rüstungskontrolle, Terrorismusbekämpfung, gute Regierungsführung, Energiesicherheit, Gleichstellung der Geschlechter, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung, Medienfreiheit oder Schutz nationaler Minderheiten. Bis heute stellt die Organisation mit rund einem Dutzend Einsätzen in Südosteuropa, Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien auch eine starke Präsenz vor Ort sicher. Im Gegensatz zu anderen multilateralen Organisationen verfügt die OSZE, die sich als Dialog- und Verhandlungsforum versteht, über keine Rechtspersönlichkeit. Deshalb werden die OSZE-Staaten als «Teilnehmerstaaten» und nicht als «Mitgliedstaaten» bezeichnet und sind ihre Beschlüsse für sie zwar politisch, nicht aber rechtlich bindend. Die 57 Teilnehmerstaaten der Organisation sind gleichberechtigt; die Beschlüsse werden im Konsens gefasst. Ein Staat kann einen Beschluss also blockieren, wenn er dies für angebracht hält.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV OSZE), deren Sekretariat in Kopenhagen angesiedelt ist, wiederum verfolgt das Ziel, den interparlamentarischen Dialog zu fördern, der in der



Organisation als wichtiger Aspekt der allgemeinen Bestrebungen erachtet wird, die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die Demokratie im OSZE-Raum konfrontiert ist. Die Versammlung – die derzeit 323 Mitglieder zählt – hat die Aufgabe, die Umsetzung der OSZE-Ziele zu evaluieren, über die Themen der Ministerratstreffen und der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsvorsitzenden zu diskutieren, Mechanismen zur Konfliktprävention und -beilegung zu entwickeln und zu fördern, auf die Stärkung und Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Staaten hinzuwirken, zur Entwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE beizutragen sowie die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den bestehenden OSZE-Institutionen zu fördern. Die parlamentarische Versammlung, für deren Schaffung sich die Regierungen mit der Unterzeichnung der «Charta von Paris für ein neues Europa» Ende 1990 ausgesprochen hatten, nahm im April 1991 Gestalt an. Auf Einladung des spanischen Parlaments trafen sich hochrangige Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Teilnehmerstaaten der KSZE in Madrid, um im [«Madridner Dokument»](#) die Verfahrensregeln der künftigen Versammlung, deren Arbeitsmethoden, Grösse, Auftrag sowie die Anzahl der Parlamentarierinnen und Parlamentarier der jeweiligen nationalen Delegationen festzulegen. Die parlamentarische Versammlung berief ihre erste Jahrestagung im Juli 1992 in Budapest ein. Sie beschloss an dieser unter anderem, die Einladung des dänischen Parlaments anzunehmen und ein internationales Sekretariat in Kopenhagen einzurichten. Die Empfehlungen der PV OSZE werden grundsätzlich nach dem Mehrheitsprinzip verabschiedet. Nur im ständigen Ausschuss der Versammlung, dem die Delegationspräsidentinnen und -präsidenten angehören, werden die Beschlüsse nach dem Konsensprinzip gefasst.

Seit den Anfängen der OSZE spielt die Schweiz eine aktive Rolle in den zahlreichen Gremien der Organisation. Sie erachtet die OSZE als Forum, in dem mit den Ländern West- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens sowie mit den USA und Kanada sicherheitspolitische Themen diskutiert werden können. Zudem hält die Schweiz die OSZE trotz den grossen Schwierigkeiten, mit welchen die Organisation derzeit zu kämpfen hat, weiterhin für eine der multilateralen Organisationen, die zur Eindämmung der Konflikte in Europa, im Kaukasus und in Zentralasien beitragen kann.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die wichtigsten Beiträge und Anliegen der Schweizer Delegation bei der PV OSZE (im Folgenden: die Delegation) im Berichtsjahr. Er dient nicht dazu, über sämtliche Beratungen der Versammlung zu informieren: Die von der PV OSZE verabschiedeten Berichte und Resolutionen können auf ihrer [Website](#) unter [«Documents»](#) aufgerufen werden. Nach einer kurzen Erläuterung der Arbeitsweise der PV OSZE sowie der Zusammensetzung und Organisation der Delegation (Kap. 2) gibt dieser Bericht Auskunft über die wichtigsten Tätigkeiten und Themenschwerpunkte der Delegation im Berichtsjahr (Kap. 3–6). Kapitel 7 enthält die Schlussfolgerungen und gibt einen Ausblick auf künftige Arbeiten.

2 Arbeitsweise der parlamentarischen Versammlung und der Delegation

2.1 Organe und Arbeitsweise der PV OSZE

Zur Erreichung ihrer Ziele stützt sich die PV OSZE auf ihre Organe, die jeweils eine spezifische Aufgabe haben. Es handelt sich um die Präsidentin oder den Präsidenten, das Präsidium, den ständigen Ausschuss und die drei allgemeinen Ausschüsse. Die Präsidentin oder der Präsident wird an der Jahrestagung für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Sie bzw. er ist die höchste Vertretung der parlamentarischen Versammlung. Im Juli 2023 wurde die Finnin Pia Kauma von der Vollversammlung zur Präsidentin gewählt. Die Präsidentin oder der Präsident wird unterstützt von neun Vizepräsidentinnen und -präsidenten, einem Schatzmeister oder einer Schatzmeisterin sowie von den Mitgliedern der Leitungsgremien der allgemeinen Ausschüsse, die alle von der Versammlung gewählt werden. Diese Personen bilden das Präsidium der Versammlung, welches



die Themen der verschiedenen jährlichen Veranstaltungen der PV OSZE festlegt und darauf achtet, dass die Beschlüsse des ständigen Ausschusses umgesetzt werden.

Der ständige Ausschuss, bestehend aus den Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Delegationen, tagt dreimal pro Jahr. Er ist für die administrativen, budgetären und statutarischen Angelegenheiten sowie für die sensiblen Dossiers der Versammlung zuständig. Außerdem genehmigt er vor der Jahrestagung die Traktanden der Tagesordnung und weist diese den allgemeinen Ausschüssen der Versammlung zu. Die drei allgemeinen Ausschüsse tagen zweimal pro Jahr und beraten eingehend die sicherheitspolitischen Angelegenheiten der OSZE. Es handelt sich hierbei um den Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt sowie den Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen. Die Tätigkeitsbereiche dieser Ausschüsse entsprechen den drei sicherheitspolitischen Dimensionen der OSZE aus der Schlussakte von Helsinki: der politisch-militärischen, der wirtschaftlich-ökologischen und der menschlichen Dimension.

Zu den offiziellen Organen der Versammlung gehört auch ein Unterausschuss für Fragen der Geschäftsordnung und Arbeitspraktiken. Dieser befasst sich mit Anträgen auf Änderung der Geschäftsordnung, mit denen die Effizienz der Versammlung erhöht werden soll. Zudem gibt es einen Ad-hoc-Ausschuss für Migration und einen Ad-hoc-Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus, die regelmäßig zusammenkommen. Der Ad-hoc-Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus wurde 2017 geschaffen und soll die OSZE-Teilnehmerstaaten dabei unterstützen, menschenrechtskonforme Massnahmen gegen gewalttätigen Extremismus und Terrorismus zu erarbeiten. Der Ad-hoc-Ausschuss für Migration wurde 2016 als Reaktion auf die Migrationskrise in der OSZE-Region und namentlich in Europa gebildet. Im Jahr 2023 setzte die Versammlung eine parlamentarische Gruppe zur Unterstützung der Ukraine ein. Diese ermöglicht es der PV OSZE, ihr Engagement für die Ukraine zu konsolidieren und sicherzustellen, dass die Versammlung den Bedürfnissen des Landes in vollem Umfang Rechnung trägt. Die nationalen Parlamentsdelegationen haben nicht automatisch Anspruch auf eine Vertretung in diesen Ausschüssen, sondern deren Mitglieder werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten des jeweiligen Ausschusses bestimmt.

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten der PV OSZE stehen die drei jährlichen Tagungen: die Wintertagung, die Jahrestagung und die Herbsttagung. An der Wintertagung, die jeweils im Februar in Wien – dem Sitz des OSZE-Sekretariats – stattfindet, nehmen der ständige Ausschuss, die allgemeinen Ausschüsse und die Ad-hoc-Ausschüsse teil. Diese Organe haben in diesem Rahmen Gelegenheit, die Spitzenvertreterinnen und -vertreter der OSZE zu den jüngsten Entwicklungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich anzuhören. Zudem können die allgemeinen Ausschüsse hier die Dossiers für die bevorstehende Jahrestagung vorbereiten. Die Wintertagung 2024 fand am 22. und 23. Februar statt.

Die Jahrestagung ist der grösste Anlass der PV OSZE. Wie an der Wintertagung kommen auch hier der ständige Ausschuss, die allgemeinen Ausschüsse und die Ad-hoc-Ausschüsse zusammen. Die Debatten in der Versammlung und in deren allgemeinen Ausschüssen konzentrieren sich meistens auf ein vorgängig vom Präsidium festgelegtes Thema. Die allgemeinen Ausschüsse befassen sich mit Resolutionentwürfen zum Hauptthema der Tagung, die von ihren Berichterstatterinnen und Berichterstattern vorgelegt werden. Die Resolutionentwürfe werden entsprechend den Entscheiden der allgemeinen Ausschüsse abgeändert und letztlich in die Schlusserklärung aufgenommen. Diese Erklärung wird zum Abschluss der Jahrestagung von der Vollversammlung verabschiedet. Die parlamentarische Versammlung und die allgemeinen Ausschüsse beschäftigen sich ausserdem mit zusätzlichen Beratungsgegenständen in ihrer Zuständigkeit. Diese werden in Form von Resolutionen



eingebracht, stehen nicht im Zusammenhang mit dem Hauptthema der Jahrestagung und können von jedem Mitglied der Versammlung vorgeschlagen werden. Nach ihrer Behandlung und Verabschiedung werden diese zusätzlichen Beratungsgegenstände zur Schlusserklärung hinzugefügt. Die Jahrestagung ist der einzige Anlass des Jahres, an dem Resolutionen verabschiedet werden. Für das Einreichen von zusätzlichen Beratungsgegenständen oder von Änderungsanträgen zu Resolutionsentwürfen der Berichterstatterinnen und Berichterstatter vor der Jahrestagung müssen die nationalen Delegationen bestimmte Fristen einhalten. Die Jahrestagung wird jeweils Ende Juni bzw. Anfang Juli in einem der OSZE-Teilnehmerstaaten abgehalten. Im Jahr 2024 fand sie vom 29. Juni bis zum 3. Juli in Bukarest (Rumänien) statt und befasste sich damit, welche Rolle der OSZE in der aktuellen Sicherheitsarchitektur aus parlamentarischer Sicht zukommen soll. Die behandelten Resolutionen finden sich in der [Erklärung von Bukarest](#). Die Abschlusserklärungen sind das wichtigste Instrument der Versammlung, denn so kann diese ihre offiziellen Empfehlungen an die Organe der OSZE sowie an die Teilnehmerstaaten richten.

An der ebenfalls als Vollversammlung organisierten Herbsttagung wird jeweils ein bestimmtes Thema eingehend behandelt. Die Tagungsthemen betreffen immer eine der drei Dimensionen der OSZE. Die Herbsttagung findet jeweils zwischen September und November in einem der OSZE-Teilnehmerstaaten statt. Im Jahr 2024 fand sie vom 2. bis zum 4. Oktober in Dublin (Irland) statt und befasste sich mit der Rolle, welche die Parlamente fünfzig Jahre nach Helsinki bei der Stärkung des umfassenden Friedens- und Sicherheitsmodells der OSZE spielen sollen.

Ebenfalls zu erwähnen ist die wichtige Tätigkeit der Versammlung im Bereich der Wahlbeobachtung. Die Wahlbeobachtungsmissionen werden gemeinsam vom BDIMR und von der PV OSZE durchgeführt. Die Wahlbeobachterinnen und -beobachter halten vor Ort festgestellte Unregelmässigkeiten und ihre Empfehlungen in detaillierten Berichten fest, die auf der Website der PV OSZE im Bereich «[Election Statements](#)» aufgerufen werden können. Im Jahr 2024 war die Versammlung an acht Beobachtungsmissionen beteiligt. Diese fanden an folgenden Daten in folgenden Ländern statt:

- am 7. Februar in Aserbaidschan (Präsidentenwahl);
- am 8. Mai in Nordmazedonien (2. Wahlgang der Präsidentenwahl und Parlamentswahlen);
- am 1. September in Aserbaidschan (Parlamentswahlen);
- am 20. Oktober in der Republik Moldau (1. Wahlgang der Präsidentenwahl);
- am 26. Oktober in Georgien (Parlamentswahlen);
- am 27. Oktober in Usbekistan (Parlamentswahlen);
- am 3. November in der Republik Moldau (2. Wahlgang der Präsidentenwahl);
- am 5. November in den USA (allgemeine Wahlen).

2.2 Zusammensetzung und Organisation der Delegation

Die Delegation setzt sich aus drei Mitgliedern des Ständerates und drei Mitgliedern des Nationalrates zusammen. Ausserdem wird je ein Mitglied des Ständerates und des Nationalrates als Ersatzmitglied bestimmt (Art. 6 Abs. 1 Bst. e VPiB). Die Delegation konstituiert sich jeweils für vier Jahre selbst und bestimmt für die Dauer von zwei Jahren eine Person für das Präsidentenamt und eine für das Vizepräsidentenamt (Art. 7 Abs. 1 VPiB).

Die Schweiz verfügt grundsätzlich in jedem der drei allgemeinen Ausschüsse der PV OSZE über zwei Sitze, die an der konstituierenden Sitzung der Delegation jeweils einem ordentlichen Mitglied für die Dauer der Legislaturperiode zugeteilt werden. Die Delegation hielt ihre konstituierende Sitzung am 20. Dezember 2023 ab. Sie setzt sich wie folgt zusammen:



- Ständerat Daniel Fässler (M-E, AI), Delegationspräsident und Mitglied des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen;
- Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG), Delegationsvizepräsidentin und Mitglied des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen;
- Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP, VS), ordentliches Mitglied, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt;
- Ständerat Thierry Burkart (FDP, AG), ordentliches Mitglied, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt;
- Nationalrat Martin Candinas (M-E, GR), ordentliches Mitglied, Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit;
- Ständerat Werner Salzmann (SVP, BE), ordentliches Mitglied, Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit;
- Ständerat Daniel Jositsch (SP, ZH), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG), Ersatzmitglied.

Die Delegation tritt regelmässig in Bern zu Sitzungen zusammen, um sich auf bevorstehende Tagungen der parlamentarischen Versammlung vorzubereiten und über aktuelle Themen zu diskutieren. Im Jahr 2024 fanden drei Sitzungen statt, und zwar am:

- 13. Februar;
- 21. Mai;
- 19. September.

2.3 Reisekosten der Delegation

Im Jahr 2024 beliefen sich die Ausgaben der Delegationsmitglieder für Reisen im Rahmen ihres offiziellen Mandats (Flug- und Zugbillette) auf 20 005 Franken.

3 Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Institutionen der OSZE

Der von Russland am 24. Februar 2022 entfesselte Angriffskrieg gegen die Ukraine traf die meisten OSZE-Teilnehmerstaaten völlig unvorbereitet. Sie mussten rasch zur Kenntnis nehmen, dass Russland mit diesem Krieg der bisherigen europäischen Sicherheitspolitik ein Ende setzte, die seit Jahrzehnten für Frieden und Sicherheit in Europa gesorgt hatte und Grundlage des europäischen Wohlstandes ist. Durch den Krieg änderte sich das geopolitische Gleichgewicht grundlegend, was sich unmittelbar auf die Funktionsweise der grossen multilateralen Gremien auswirkte.

Dieser Trend ist in der OSZE umso ausgeprägter, als diese Organisation als Forum für Dialog und Verhandlungen zwischen den Blöcken Ost und West, die völlig unterschiedliche Wertvorstellungen hatten, gegründet wurde. Nachdem sie zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen hatte, spielte die OSZE eine entscheidende Rolle dabei, eine Escalation der nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen Konflikte zu vermeiden. Danach trug sie mehrfach dazu bei, die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und den westlichen Ländern abzubauen. Heute ist die Organisation die einzige multilaterale Sicherheitsinstanz, in der weiterhin alle Länder des einstigen Ost- und Westblocks – auch Russland und die Ukraine – vertreten sind. Doch Russland trat die in der OSZE eingegangenen Verpflichtungen derart mit Füssen, dass die russischen Aggressionen gegen die Ukraine eine in der Geschichte der OSZE beispiellose Krise auslösten. Dieser Angriffskrieg und dessen Auswirkungen auf die OSZE nahmen dementsprechend einen zentralen Platz in den Arbeiten der Organisation und deren parlamentarischen Versammlung ein.



3.1 Mehr Sachlichkeit im interparlamentarischen Austausch

In ihrem letzten Jahresbericht bedauerte die Delegation die Spannungen, die von Ende 2022 und bis Ende 2023 in der parlamentarischen Versammlung bezüglich der Frage herrschten, wie mit dem russischen Parlament in der PV OSZE umzugehen sei. Während einige Delegationen die Verfahrensregeln der parlamentarischen Versammlung dahingehend ändern wollten, dass diese das russische Parlament suspendieren darf, plädierten andere – darunter die Schweizer Delegation – für die Beibehaltung einer inklusiven PV OSZE. Letztere Position war in der parlamentarischen Versammlung angesichts des Ausmaßes der durch Russland verursachten Krise bisweilen schwer vermittelbar. Die Verfechterinnen und Verfechter dieser Position wollten nicht riskieren, sich durch die Unterbrechung des einzigen Kommunikationskanals – der im Hinblick auf eine regionale Stabilisierung nach dem Krieg rasch aktiviert werden könnte – künftige Chancen zu verbauen. In diesem angespannten Umfeld wurden mehrere Anträge der Schweizer Delegation von der parlamentarischen Versammlung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Im Jahr 2024 beruhigte sich das Arbeitsklima in der parlamentarischen Versammlung. Während ein Änderungsantrag der Delegation, wonach die Konfliktparteien die Zivilbevölkerung und Personen *ausser Gefecht* schützen sollten, 2023 noch nicht mehrheitsfähig gewesen war, weil er nicht ausdrücklich auf Russland abzielte, konnte sich die Delegation dieses Jahr in Bukarest Gehör verschaffen und zu einer Verschärfung des vom Berichterstatter des dritten Ausschusses vorgeschlagenen Antrags beitragen. Diesen Antrag, wonach Russland aufgerufen werden sollte, seine Streitkräfte und in seinem Auftrag agierende Gruppen aus allen von Russland besetzten ukrainischen Gebieten abzuziehen, erachtete die Delegation als zu schwach. Sie forderte nicht nur einen sofortigen und bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen, sondern hielt auch ganz klar fest, dass dieser aus sämtlichen Gebieten erfolgen muss, die innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine liegen. Bei der Präsentation dieses Änderungsantrags verwies der Delegationspräsident, Ständerat Fässler, auf die Ergebnisse der hochrangigen Konferenz zum Frieden in der Ukraine, die am 15. und 16. Juni 2024 auf dem Bürgenstock im Kanton Nidwalden stattgefunden hatte. Im Joint Communiqué zu dieser Konferenz bekraftigte eine überwiegende Mehrheit der Staaten ihre Entschlossenheit, sich für die territoriale Integrität der Ukraine einzusetzen. Auch Daniel Fässler sicherte der Ukraine und ihrer Bevölkerung die Unterstützung der Schweiz zu. Nachdem sein Änderungsantrag zuerst im ständigen Ausschuss und dann auch in der Vollversammlung angenommen worden war, wurde der Text in die Erklärung von Bukarest aufgenommen.

Am Ende der Jahrestagung enthielt sich die Delegation in der Schlussabstimmung trotzdem der Stimme, da die Erklärung einen Absatz enthielt, in welchem die parlamentarische Versammlung und die amtierende Präsidentin der OSZE dazu aufgefordert wurden, ein Verfahren zum Ausschluss Russlands aus den OSZE-Institutionen einzuleiten. Delegationspräsident Daniel Fässler hatte den Standpunkt der Delegation vor der PV OSZE ausführlich erläutert. Er wies nachdrücklich darauf hin, die Enthaltung der Delegation bedeute keineswegs, dass diese gegenüber den von Russland in der Ukraine begangenen Verbrechen gleichgültig ist. Die Schweiz verurteilte diese Taten auf Schärfste. Die Stimmennthalung sei vielmehr Ausdruck des Willens, sich die Möglichkeit für einen Dialog offenzuhalten. Mit einem Ausschluss Russlands würde die OSZE von ihrem historischen Auftrag abrücken, den Dialog unter allen Umständen zu fördern – gerade auch zwischen kriegsführenden Staaten. Obwohl ein Dialog zwischen Russland und der Ukraine derzeit offensichtlich unmöglich sei, müsse man sich diese Option in der Hoffnung auf bessere Zeiten offenhalten. Sobald sich die Möglichkeit biete, den Konflikt zu beenden, müsse die OSZE rasch eine Plattform für Verhandlungen und eine Begleitung anbieten können, die eine Rückkehr zu Frieden und Sicherheit in der Region ermöglicht.



3.2 Selbstausschluss des russischen Parlaments aus der parlamentarischen Versammlung

Die Beratungen über den Ausschluss des russischen Parlaments aus der parlamentarischen Versammlung endeten am 3. Juli 2024, als dieses einseitig beschloss, sich aus der PV OSZE zurückzuziehen. In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 3. Juli 2024 und ihrer gleichentags erfolgten Mitteilung an die Versammlung begründeten die beiden Kammern des Parlaments der Russischen Föderation den Selbstausschluss damit, dass das Vorgehen der PV OSZE parteiisch, diskriminierend und russophob sei und sich die Versammlung seit Jahren weigere, Grundsatzdiskussionen zu führen, u. a. über zentrale Fragen zur Gewährleistung einer unteilbaren Sicherheit. Zudem sei es den Mitgliedern der russischen Delegation faktisch nicht möglich, am Austausch in der PV OSZE teilzunehmen, da ihnen viele Staaten seit 2022 kein Visum mehr ausstellen würden und sie deshalb nicht an die Tagungsorte reisen könnten. Aus diesem Grund seien die beiden Kammern des russischen Parlaments gezwungen gewesen, die Zahlung ihres jährlichen Beitrags an die Versammlung auszusetzen. Sie würden an dieser Praxis für die Dauer des Selbstausschlusses festhalten, und zwar so lange, bis die Versammlung bereit sei, ihre ideologische und für die Erarbeitung konstruktiver Lösungen untaugliche Haltung aufzugeben.

In ihrem Antwortschreiben nahm die Präsidentin der PV OSZE Kenntnis von diesem Beschluss, wies jedoch darauf hin, dass ein einseitiger Ausschluss aus der Versammlung gegen deren Verfahrensregeln verstößt und die russische Delegation daher weiterhin zu den Tagungen eingeladen und Aufforderungen zur Zahlung des jährlichen Beitrags erhalten wird. Zudem teilte sie mit, dass die PV OSZE keinerlei Einfluss nehmen kann auf den Entscheid der Staaten, ob den Mitgliedern der russischen Delegation ein Visum für die Teilnahme an den Tagungen erteilt wird. Zu guter Letzt wies sie darauf hin, dass die Versammlung seit 2014 immer wieder Bedauern über die russischen Aggressionen gegen die Ukraine – welche die Schlussakte von Helsinki verletzen – zum Ausdruck gebracht hat.

3.3 Freiwilliger finanzieller Beitrag der Schweiz an die PV OSZE

Der Beschluss des russischen Parlaments, die jährlichen Beiträge an die Versammlung auszusetzen, hatte grosse Auswirkungen auf deren Budget, denn so entgehen der PV OSZE jedes Jahr Einnahmen in Höhe von 257 791 Euro. Da die Inflation es zusätzlich erschwerte, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, beschloss der ständige Ausschuss an seiner Tagung vom 29. Juni in Bukarest Massnahmen zum Ausgleich des Budgets der PV OSZE. Bestimmte Ausgaben für den Betrieb des Sekretariats der Versammlung wurden gekürzt und die jährlichen Beiträge der Mitgliedsparlamente der PV OSZE wurden angehoben, um eine Budgeterhöhung von 3,7 Prozent zu erreichen.

Dennoch resultierte aufgrund des ausbleibenden russischen Beitrags eine Budgetlücke von 107 000 Euro. Die Präsidentin der PV OSZE, Pia Kauma, versuchte daher, das Budget auch auf der Einnahmenseite zu verbessern. Sie führte daher am Rande der Jahrestagung mit mehreren Delegationspräsidentinnen und -präsidenten Sondierungsgespräche, um auszuloten, inwieweit für die Delegationen ein freiwilliger Beitrag infrage kommt. Am 2. Juli 2024 besprach sie das Anliegen an einem bilateralen Treffen auch mit dem Präsidenten der Schweizer Delegation. Dieser versprach, das Anliegen zu prüfen und es der Delegation zu unterbreiten. Im Bestreben, einen Beitrag zur Überbrückung der finanziellen Schwierigkeiten der PV OSZE zu leisten und gleichzeitig ihre Unterstützung für die Arbeit und den interparlamentarischen Dialog in der Versammlung zum Ausdruck zu bringen, beschloss die Delegation an ihrer Sitzung vom 19. September 2024, einen freiwilligen einmaligen Beitrag in Höhe von 15 000 Euro zu leisten, der im laufenden Jahresbudget der Delegation verbucht wurde.



3.4 Institutionelle und budgetäre Herausforderungen in der OSZE

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt die OSZE, die nach dem Konsensprinzip funktioniert, vor zahlreiche Herausforderungen. Der Dialog ist schwieriger geworden, da die Meinungsverschiedenheiten der Teilnehmerstaaten grösser sind als je zuvor und die Beschlussfassung aufgrund der zahlreichen Vatos Russlands und von dessen belarussischem Verbündeten erschwert wird. Bereits 2023 war lange Zeit offen, wer 2024 den Vorsitz der OSZE übernimmt, da Russland und Belarus die Kandidatur Estlands ablehnten. Erst am Ministerratstreffen vom 30. November und 1. Dezember 2023 konnte ein Konsens darüber erzielt werden, dass Malta 2024 den Vorsitz übernimmt. Nicht ausschliesslich wegen der Blockadehaltung Russlands und Belarus' war bis zu jenem Zeitpunkt zudem unklar, ob die Mandate für die wichtigsten Führungspositionen verlängert oder die Funktionen neu besetzt werden. Nach zähen Verhandlungen wurden alle Personen, d. h. die Deutsche Helga Schmid als Generalsekretärin, die Portugiesin Teresa Ribeiro als Beauftragte für Medienfreiheit, der Kasache Qairat Äadirachmanow als Hochkommissar für nationale Minderheiten und der Italiener Matteo Mecacci als Leiter des BDIMR, für neun Monate, also bis zum 3. September 2024, in ihren Ämtern bestätigt.

Diese Herausforderungen prägten auch 2024 die Agenda der OSZE. Da sich die Teilnehmerstaaten nach Ablauf der Amtszeit der bisherigen Mandatsträger nicht auf eine Neubesetzung einigen konnten, ersuchte die Präsidentin der PV OSZE, Pia Kauma, mit Schreiben vom 3. September 2024 die Präsidentinnen und Präsidenten der parlamentarischen Delegationen der Versammlung, bei ihren Aussenministerinnen und -ministern vorstellig zu werden und sich für eine rasche Neubesetzung der Führungspositionen für die vier wichtigsten OSZE-Institutionen einzusetzen. Die vier betroffenen Institutionen wurden in der Zwischenzeit von Personen geleitet, die vom maltesischen Vorsitz ad interim ernannt wurden, um die operative Kontinuität zu gewährleisten. An ihrer Sitzung vom 19. September 2024 nahm die Delegation Kenntnis von den intensiven diplomatischen Bemühungen der Schweiz, eine einvernehmliche Lösung für dieses institutionelle Problem zu finden, das schwerwiegende Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit und die Handlungsfähigkeit der Organisation haben könnte.

Wie schon 2023 wurde auch 2024 am Jahrestreffen des OSZE-Ministerrates – das am 5. und 6. Dezember in La Valetta (Malta) stattfand – eine Lösung für dieses noch offene institutionelle Problem gefunden. Die Ministerinnen und Minister konnten sich auf eine Neubesetzung der Führungspositionen für die vier Institutionen einigen. Neuer Generalsekretär der OSZE wurde der Türke Feridun Sinirlioğlu, neue Direktorin des BDIMR die Griechin Maria Telalian, neuer Hochkommissar für nationale Minderheiten der Niederländer Cristophe Kamp und neuer Beauftragte der OSZE für Medienfreiheit der Norweger Jan Braathu.

Diese vier Institutionen spielen bei der Erfüllung der Aufgaben der OSZE eine zentrale Rolle. Der Hochkommissar für nationale Minderheiten interveniert, wenn Spannungen im Zusammenhang mit nationalen Minderheiten zum Konflikt auszutreten drohen. Das BDIMR unterstützt die Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft in deren Bestrebungen zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung. Der oder die Beauftragte für Medienfreiheit beobachtet die Entwicklungen im Medienbereich. Er oder sie nimmt in diesem Zusammenhang eine Frühwarnfunktion wahr und unterstützt die Teilnehmerstaaten dabei, ihre Verpflichtungen im Hinblick auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit einzuhalten. Für die grossen budgetären Herausforderungen der OSZE wurde am Ministerratstreffen vom 5. und 6. Dezember 2024 hingegen keine Lösung gefunden. Da einige Staaten gegen die Verabschiedung eines Gesamtbudgets ihr Veto einlegten, arbeitet die Organisation seit nunmehr drei Jahren mit einem provisorischen Budget. Die OSZE funktioniert daher aktuell auf der Grundlage monatlicher Zuschüsse, deren Höhe nach dem letzten verabschiedeten Budget – demjenigen von 2021 –



festgelegt wird. Dies ist für die OSZE auch mit Blick auf die Inflation der letzten Jahre äusserst problematisch. Um trotz fehlendem Konsens einige ihrer Tätigkeiten fortführen zu können, setzt die OSZE auf die freiwillige Finanzierung von Projekten durch ihre Teilnehmerstaaten. Auf diese Weise wird beispielsweise ein Unterstützungsprogramm für die Ukraine finanziert, das am 1. November 2022 für eine Dauer von drei Jahren lanciert und bis 2028 verlängert wurde.

4 Weitere Themenbeiträge der Delegation auf internationaler Ebene

An der letzten Vollversammlung zum Abschluss der Jahrestagung in Bukarest begrüsste es Nationalrätin Claudia Friedl, dass die PV OSZE eine Resolution verabschiedet hat, mit welcher sexualisierte Gewalt als Waffe in Konfliktzonen verurteilt wird. Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe werde – trotz des Ausmasses ihrer Perversion – nur selten in den Medien thematisiert. Vor diesem Hintergrund sei die Resolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit», die am 31. Oktober 2000 vom UNO-Sicherheitsrat einstimmig angenommen wurde, nach wie vor gültig und aktuell. Mit dieser Resolution würden die UNO und deren Mitgliedsstaaten verpflichtet, Frauen in und nach Konflikten insbesondere vor sexualisierter Gewalt zu schützen und Präventionsmaßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen. Außerdem verlange die Resolution völkerrechtlich verbindlich, dass Frauen auf allen Ebenen angemessen und gleichberechtigt in die Konfliktprävention, in Friedensprozesse, in die Sicherheitspolitik sowie in die staatlichen Wiederaufbauprozesse einbezogen werden. Das Ziel sei noch immer, die Resolution 1325 vollumfänglich umzusetzen, darüber hinaus müsse aber auch mehr unternommen werden, damit jene Personen, die in Kriegssituationen sexuelle Gewalttaten begehen, strafrechtlich verfolgt werden. In diesem Zusammenhang zeigte sich Nationalrätin Friedl erfreut darüber, dass am 26. Mai 2023 die Ljubljana-Den-Haag-Konvention zur internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Untersuchung und Strafverfolgung von Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und anderen völkerrechtlichen Verbrechen verabschiedet wurde. Die Schweiz unterzeichnete diese Konvention am 14. Februar 2024. Dieses neue multilaterale Übereinkommen erleichtert die internationale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, die Straflosigkeit der genannten Taten, zu denen auch sexualisierte Gewalt zählt, wirksamer zu bekämpfen.

In Dublin beklagte Nationalrätin Friedl im Rahmen des Mittelmeerforums der PV OSZE die humanitäre Lage im Gazastreifen und im Libanon. Die Vergeltungsschläge Israels nach dem grausamen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf die israelische Bevölkerung hätten grosses Leid bei der Zivilbevölkerung verursacht. Sie zeigte sich enttäuscht darüber, dass die internationale Gemeinschaft – als sich der Krieg auf den Libanon ausdehnte – angesichts einer als unmenschlich eingestuften Lage zugewartet hat, und erinnerte daran, dass das humanitäre Völkerrecht von allen Konfliktparteien vorbehaltlos einzuhalten ist. Nationalrätin Friedl plädierte zudem für einen sofortigen Waffenstillstand und eine schnelle und ungehinderte Bereitstellung von humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung. Ein künftiger Friedensprozess müsse alle involvierten Parteien und – im Sinne der erwähnten UNO-Resolution 1325 – auch die Frauen in wesentlichem Masse einbeziehen.

Ebenfalls in Dublin, an einer Sitzung zur Stärkung des Migrationsmanagements in der OSZE-Region zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, ergriff Nationalrat Jean-Luc Addor das Wort. Er bedauerte die wohlwollenden Beiträge der Rednerinnen und Redner zur Migration und wies darauf hin, dass bei den Wahlen in den OSZE-Staaten immer mehr Wählerinnen und Wähler schärfere Einwanderungskontrollen fordern. So würden sich an der Urne die Ängste der Bevölkerung bezüglich der Unsicherheit auf den Strassen, der Übergriffe auf Frauen, der Bedrohung des sozialen Zusammenhalts, der Überbevölkerung sowie des Drucks auf den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen und die Infrastruktur widerspiegeln. Er rief dazu auf, zur Stärkung der



nachhaltigen Entwicklung anstatt auf Migration eher auf nationale politische Strategien zur Geburtenförderung zu setzen.

5 Teilnahme der Delegation an Wahlbeobachtungsmissionen

Die Delegation nahm 2024 an zwei Wahlbeobachtungsmissionen teil: Der Delegationspräsident, Ständerat Daniel Fässler, nahm an der Mission zur Beobachtung der Parlamentswahlen vom 26. Oktober in Georgien teil und Nationalrat Jean-Luc Addor war in den USA als Beobachter für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 5. November.

5.1 Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2024 in Georgien

Die Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter kamen am Tag nach der Parlamentswahl, dem 27. Oktober 2024, in Tbilis (Georgien) zusammen und präsentierten ihre vorläufigen Anmerkungen und Schlussfolgerungen, wobei ihr Urteil über den Ablauf der Wahlkampagne und der Wahl durchzogen ausfiel. Als positiv wurde gewürdigt, dass zahlreiche Parteien zur Wahl antraten und diese ihren Wahlkampf frei und medial gleichberechtigt führen konnten. Mit Besorgnis nahmen die Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter hingegen die aussergewöhnlich dramatisierende Rhetorik im Wahlkampf zur Kenntnis, mit der offensichtlich versucht wurde, die Wählerinnen und Wähler einzuschüchtern und zu beeinflussen. Die Wahllokale waren im Grundsatz gut und im ganzen Land gleich organisiert. Die Wahlbeobachterinnen und -beobachter kritisierten jedoch den von der Wahlkommission nicht vorgesehenen Einsatz von Kameras in vielen Wahllokalen, mit denen eine Atmosphäre der Überwachung geschaffen wurde.

Sobald die regierende Partei zur Siegerin erklärt wurde, focht die Opposition das Ergebnis der Wahl an, da sie diese für manipuliert hielt. Während die westlichen Medien vor allem die Argumente der Opposition aufgriffen, konnten die am Wahltag vor Ort anwesenden Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter der OSZE – darunter Ständerat Fässler – keine Anzeichen für einen konkreten Wahlbetrug feststellen. Auch bei der nach den Wahlen angeordneten, teilweisen Neuauszählung der Stimmen konnten die Betrugsvorwürfe nicht bestätigt werden. Die Wahl, bei der modernste Technik zum Einsatz kam, erwies sich generell als hervorragend organisiert und grösstenteils gut durchgeführt.

Die vorläufigen Feststellungen und Schlussfolgerungen dieser Mission, an der sich auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PVER), die Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO-PV) und das Europäische Parlament (EP) beteiligten, sind auf der Website der PV OSZE unter «[Election Observation Statements](#)» einsehbar.

5.2 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 5. November 2024 in den USA

Die Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter der OSZE zeigten sich am Tag nach der Wahl in ihrer Stellungnahme erfreut darüber, dass sich trotz des angespannten, von einer starken Polarisierung geprägten Umfelds die demokratischen Institutionen der USA als resilient erwiesen haben und eine starke Mobilisierung des gesamten politischen Spektrums stattfand. Der Wahlkampf zur hart umkämpften Präsidentschaft stand im Zeichen einer rauen und konfliktgeladenen Rhetorik. Gleichzeitig unterminierten Desinformationskampagnen das Vertrauen der Wählerschaft.

Die vorläufigen Feststellungen und Schlussfolgerungen dieser Mission sind auf der Website der PV OSZE unter «[Election Observation Statements](#)» einsehbar.



6 Kandidatur der Schweiz für den OSZE-Vorsitz im Jahr 2026

In diesem Bericht wird aufgezeigt, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die europäische Sicherheitsarchitektur tiefgreifend erschüttert und die OSZE in eine schwierige Situation gebracht hat. Wie bereits erwähnt, funktioniert die Organisation nach dem Konsensprinzip. In den letzten Jahren haben die unterschiedlichen Ansichten der Teilnehmerstaaten den Dialog jedoch erheblich erschwert, was sich negativ auf die Beschlussfassung und die Handlungsfähigkeit der OSZE auswirkt. Daher und weil ein neutrales Land wie die Schweiz einen Konsens besser erzielen kann, wünschten im Berichtsjahr mehrere Teilnehmerstaaten der OSZE immer nachdrücklicher, dass sich die Schweiz für den Vorsitz der Organisation im Jahr 2026 bewirbt. Auf interparlamentarischer Ebene machte sich die finnische Präsidentin der PV OSZE, Pia Kauma, deren Land am 1. Januar 2025 den Vorsitz der OSZE übernimmt, in einem offiziellen Schreiben vom 18. November 2024 an Nationalratspräsident Nussbaumer und Ständeratspräsidentin Herzog für dieses Anliegen stark.

Am 13. Dezember 2024 beschloss der Bundesrat – nachdem er sich im Rahmen einer Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen der eidgenössischen Räte vergewissert hatte, dass diese die Kandidatur unterstützen –, auf diesen Wunsch einzugehen. Am 19. Dezember 2024 informierte er den maltesischen Vorsitz der OSZE offiziell über die Kandidatur der Schweiz. Dieser berief umgehend den Ständigen Rat der OSZE ein, damit dieses Gremium über die Kandidatur befinden konnte. Da während des fünftägigen Schweigeverfahrens durch die Ministerinnen und Minister der OSZE keine Einwände gegen die Kandidatur vorgebracht wurden, galt die Schweiz am 30. Dezember 2024 als gewählt.

Angesichts der Unsicherheit darüber, wie sich die Situation in der Ukraine weiterentwickeln wird und inwieweit die OSZE zur Beilegung des Konflikts mit Russland beitragen kann, war diese Kandidatur nicht ohne Risiko. Dennoch eröffnet die Kandidatur in den Augen der Delegation zahlreiche Möglichkeiten für die Schweiz. Unter anderem kann die Schweiz mit ihrer Tradition der guten Dienste einen Beitrag zu den Friedensbemühungen auf dem europäischen Kontinent leisten, nachdem sie bereits am 15. und 16. Juni 2024 die hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine auf dem Bürgenstock ausgerichtet hat.

7 Schlussfolgerungen und Ausblick

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Arbeit der OSZE und deren parlamentarischen Versammlung sowie die Sachlichkeit der Debatten stark beeinträchtigt. Auf zwischenstaatlicher Ebene stellt der Krieg in der Ukraine die OSZE sowohl in strategischer als auch in finanzieller Hinsicht vor grosse institutionelle Herausforderungen. Die Polarisierung der Positionen der Teilnehmerstaaten schränkt die Handlungsfähigkeit der OSZE, deren Beschlussfassung auf dem Konsensprinzip beruht, ein. In diesem Zusammenhang ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es den Teilnehmerstaaten im Berichtsjahr nicht gelungen ist, sich auf ein Gesamtbudget zu einigen und damit eine Lösung für die finanziellen Schwierigkeiten der Organisation zu finden, die dazu geführt haben, dass die OSZE einige ihrer Tätigkeiten reduzieren oder gar einstellen musste.

Obwohl die Organisation noch nie mit solchen Schwierigkeiten konfrontiert war, gibt sich die Delegation zuversichtlich und warnt – wie schon in den Vorjahren – davor, der OSZE eine Wirkung abzusprechen. Sie weist darauf hin, dass es nahezu allen Teilnehmerstaaten trotz den Blockaden wichtig ist, bestimmte Differenzen zu überwinden. Davon zeugt der Konsens, der für die Verlängerung der Mandate der Mandatsträger erzielt wurde, welche die vier wichtigsten Institutionen der OSZE leiten. Zwar vermochte die OSZE den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht zu verhindern, doch ist sie weiterhin in anderen Konfliktregionen tätig, etwa auf dem Balkan oder in



Zentralasien. In der parlamentarischen Versammlung stellt die Delegation ausserdem eine deutliche Verbesserung des Arbeitsklimas fest. Dieses war in den Jahren 2022 und 2023 stark angespannt, da die PV OSZE in der Frage gespalten war, ob die OSZE eine inklusive Organisation bleiben soll, der auch Russland und Belarus angehören. Das Vertrauen in die Organisation unterstrich die Delegation mit dem Beschluss im Berichtsjahr einen freiwilligen finanziellen Zusatzbeitrag an das Budget der parlamentarischen Versammlung zu leisten. Da das russische Parlament seit 2022 seine jährlichen Beiträge nicht mehr bezahlt, war die Fortführung gewisser Tätigkeiten der PV OSZE gefährdet.

Der OSZE-Vorsitz, den die Schweiz 2026 innehaben wird, verleiht der Delegation zusätzliche Verantwortung, eröffnet ihr aber auch interessante Perspektiven. In den Augen der Delegation hat die Schweiz mit dem künftigen Vorsitz die Möglichkeit, dazu beizutragen, die OSZE wieder zu stärken, ihre wichtige Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur wiederherzustellen und so zu zeigen, wie wichtig ihr der Multilateralismus ist. Die Delegation wird sich daher im kommenden Jahr bemühen, die Vorbereitungen auf diesen Vorsitz und die damit einhergehenden Entwicklungen genau zu verfolgen. Wenn sie es für angebracht hält, wird sie ihr interparlamentarisches Netzwerk dazu nutzen, die Prioritäten des Vorsitzes bekannt zu machen und zu erläutern, und damit die Schweiz bei ihrer Arbeit unterstützen.